

ZUR PERSON

► Professor **Herfried Münkler** (66), geboren 1951 in Friedberg (Hessen). 1972-1977 Studium der Germanistik, Politikwissenschaft und der Philosophie an der Goethe-Universität in **Frankfurt am Main**, dort 1981 Promotion, 1987 Habilitation. Seit 1992 Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität **Berlin**. Autor zahlreicher Monographien – Auswahl: „Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma 1618-1648“ (2017); „Der Große Krieg. Die Welt 1914-1918“ (2013); „Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten“ (2005); „Der neue Golfkrieg“ (2003).

STIFTUNGSPROFESSUR

► Professor Münkler ist Inhaber der „Johannes Gutenberg-Stiftungsprofessur 2018“ an der Uni Mainz. Seine Vorlesungsreihe im Sommersemester wendet sich an ein breites Publikum und kann von jedem Interessierten besucht werden. Titel: „Das politische Denken. Politische Ideengeschichte und die großen Herausforderungen unserer Gegenwart in zehn Erkundungsschritten“.

► **Termine:** 17./24. April, 8./15./22./29. Mai, 12./19./26. Juni (mit Gastredner Prof. **Ulrich Willems**, Münster), 3. Juli. In der Abschlussveranstaltung „Ein Leben in der/für die Politik“ am 3. Juli führt Münkler ein Gespräch mit Bundespräsident a. D. **Joachim Gauck**. Alle Vorlesungen finden dienstags von 18.15 Uhr bis ca. 20 Uhr statt.

► **Veranstaltungsort:** Hörsaal RW1, Haus Recht und Wirtschaft, Jakob-Welder-Weg 9, Campus der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.



Herfried Münkler Foto: Münkler

„Wir laufen in eine Falle, wenn wir engstirnig in moralisch-rechtlichen Kategorien, nicht in großen Zusammenhängen denken.“



Fotos: dpa

Friede auf Erden?

Die Vielzahl kleiner, schwelender Konflikte in der Peripherie ist auf Dauer die größte Herausforderung für Europa, sagt der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler – und rät zu mehr Besonnenheit im Umgang mit Russland

BERLIN. Überall auf der Welt scheint es zu kriseln, doch wie ernst ist die aktuelle geopolitische Lage wirklich? Wir baten den Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler, einen der klügsten politischen Denker der Republik, um seine Einschätzungen.

Herr Professor Münkler, stehen wir nach Jahrzehnten relativen Friedens in Europa – von begrenzten Konflikten wie dem Jugoslawienkrieg abgesehen – an der Schwelle eines neuen Zeitalters militärischer Auseinandersetzungen?

Da Sie die jugoslawischen Zerfallskriege ansprechen: Auf den ersten Blick ist es der EU auf dem Balkan gelungen, einen zwar nicht besonders stabilen, doch einigermaßen dauerhaften Frieden zu erreichen. Sehen wir genauer hin, dann ist der Balkan die Spitze eines Pfahls, der vom Kaukasus über die Ukraine und die Türkei bis in die Region Bosnien/Herzegowina/Kosovo hineinreicht – eine Zone, in der seit Anfang der 90er Jahre notorisch kleinere Kriege stattfinden.

Das größte Pulverfass scheinen die sich zuspitzenden Spannungen mit Russland zu sein.

Hinsichtlich Russland und dem Ende der Sowjetunion hat man sich verschätzt. Man hätte wissen können, dass auch der Balkan zur klassischen russischen Interessensphäre gehört, auf jeden Fall das Schwarze Meer als Randgebiet des Kaukasus und, wenn man sich die Aufteilung des zerfallenden Osmanischen Reichs 1916 zwischen Briten und Franzosen in Erinnerung ruft: auch der Nahe Osten. Denn ursprünglich war in dieses Geheimabkommen auch der russische Außenminister Sasonov eingebunden. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Russen auf der Krim, im Donbass und in Syrien Einfluss geltend machen. Da sie kaum in der Lage sind, ihre begrenzte ökonomische und kulturelle Macht in politische Macht zu transformieren, setzen sie auf militärische Macht. Kluge Beobachter hätten das voraussehen können.

Hat sich die Nato nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 zu forsch an die Westgrenze Russlands herangerobbt?

In dieser Zeit wurde gegen die

Grundregel der Außenpolitik verstoßen, eigenes Handeln stets durch die Augen des Anderen zu betrachten. Man hätte dann früh gespürt, dass sich die Russen eingekreist fühlen. In der Ukrainefrage agierte der Westen erneut naiv und war dann überrascht über die Reaktion der Russen. Sie hatten mit ansehen müssen, wie sie durch den Zerfall des äußeren Rings ihres Imperiums dramatisch an Einfluss an der Ostsee verloren. Ihnen blieb nur ein kleiner Zugang bei Kaliningrad und St. Petersburg. Das durfte sich aus russischer Sicht am Schwarzen

INTERVIEW

Meer auf keinen Fall wiederholen. Bei nüchterner Betrachtung der Situation im Donbass und auf der Krim verhalten sich die Russen vielleicht taktisch offensiv, sicher nicht strategisch offensiv. Es ist der Versuch, einen Minimalbereich ihrer früheren Machtosphäre zu erhalten.

Was ist mit dem Giftgasanschlag von Salisbury sowie den Versuchen, Wahlen in EU-Ländern und in den USA zu manipulieren? Was sind das anderes als russische Aggressionen?

Die Russen würden erwidern: Der Westen hat sich über Nichtregierungsorganisationen auch in Wahlkämpfe uns nahestehender Länder – etwa in Serbien

„Trumps Politik bedeutet das Ende der Weltmacht USA.“

und in der Ukraine – eingemischt. Wir machen nur, was ihr macht. Die russische Perspektive ist auch hier eine strukturell defensive, scheint mir. Das ist eine wichtige Beobachtung, um die tatsächliche Dimension der russischen Bedrohung richtig einschätzen und die eigentliche Herausforderung erkennen zu können: der von mir erwähnte Pfahl nach Europa hinein sowie der Zerfall der arabisch-islamischen Welt, nicht nur im Nahen Osten, sondern auch auf der anderen Seite des Mittelmeers, im Maghreb und dahinter in der Sahelzone. Diese Regionen längerfristig zu stabilisieren, geht nur mit den Russen,

nicht gegen sie. Das russische Agieren in Salisbury lässt sich in zweierlei Weise deuten: Entweder es ist einfach strukturlos und jeder macht, was ihm gerade sinnvoll erscheint – oder es gibt auf beiden Seiten, im Westen wie in Russland, starke

„Die Welt wird kleinräumiger. Und das wird sich so schnell nicht ändern.“

Gruppierungen, die eine Wiederannäherung systematisch hintertreiben.

Putins Strategie, im Westen Zwittertracht zu säen, scheint jedenfalls aufzugehen: Stichwort Brexit, Stichwort Trump-Wahl, Stichwort Skripal.

Die Russen fühlen sich durch EU und Nato in die Enge getrieben und reagieren mit Diversionenmaßnahmen. Den Brexit würde ich da nicht einbeziehen. Der Brexit ist, wenn ich das mal so direkt sagen darf, die Dummheit überwiegend englischer Wähler gewesen. Vielleicht auch die Dummheit von David Cameron, der das Ganze in Gang gesetzt hat. Was wirklich heikel ist, sind die speziellen Beziehungen einiger EU-Länder zu Russland, namentlich von Ungarn und Tschechien, indem sie in mancher Hinsicht die russische Position für mindestens so wichtig halten wie die Position von Brüssel und teilweise gegen Brüssel agieren. Das ist eine Einladung an Putin aus der EU heraus. Die bespielt er als kalter Machtpolitiker natürlich.

Könnte aus der Konfrontation mit Russland ein militärischer Konflikt erwachsen? Im Baltikum hat es bereits geknistert.

Das ist Psychologie. Die Russen haben wohl kein Interesse, dort mit schwerem Gerät klassisch Krieg zu führen. Das würde für sie auch katastrophal enden, weil sie nicht mehr den ökonomischen Background haben, um einen solchen Konflikt durchzustehen. Stattdessen versuchen sie, mit undurchsichtigen Mitteln Stress im Westen zu erzeugen. Dieses Störfeuer bleibt aber unterhalb der Schwelle eines Krieges. Jedenfalls dann, wenn wir uns weiter darauf verständigen, dass die

Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden eine scharfe bleibt. Man könnte es allerdings auch so sehen, dass sich Drohnenangriffe und Cyber-Attacken genau dazwischen bewegen. Dann entsteht ein Schwebestand zwischen Krieg und Frieden, der die bisherige Ordnung aushebelt.

Wie ließe sich verhindern, dass sich der Konflikt weiter hochschaukelt? Wie könnte es der Westen Putin ermöglichen, ohne Gesichtsverlust auf einen weniger konfrontativen Kurs einzuschwenken?

Der Westen kann sich natürlich auf die Rechtsposition stellen: Die Annexion der Krim und die Unterstützung der Separatisten im Donbass sind der Versuch, die Grenzen in Europa eigenmächtig zu verändern, das können wir nicht zulassen. Eine solche Position lässt sich allerdings nicht durchsetzen. Trotzdem daran festzuhalten, würde bedeuten, sich auf Jahrzehnte politische Optionen zu verstellen. Lieber sollte man versuchen, in kleinen Schritten auf die Russen zuzugehen, Zugeständnisse ihrerseits – etwa die Bereitschaft, UN-Blauhelme in die Ukraine zu lassen – seinerseits mit Zugeständnissen zu beantworten, an die Stelle der Mechanismen von Sanktionen also Gratifikationen zu setzen. Die jüngste diplomatische Entfremdung zwischen dem Westen und Russland infolge des Giftanschlags in Salisbury hat eine solche Wiederannäherung allerdings in weite Ferne gerückt. Trotzdem: Es geht auch darum, Russland aus seiner stagnierenden ökonomischen Situation herauszuhelfen und nicht noch weiter in die Arme Chinas zu treiben. Wir laufen in eine Falle, wenn wir engstirnig in moralisch-rechtlichen Kategorien, nicht in großen Zusammenhängen denken.

Nehmen wir also die großen Zusammenhänge in den Blick. In der Welt geht es immer unübersichtlicher zu, dadurch auch immer gefährlicher. Stimmt der Eindruck?

Wir hatten nach 1989 geglaubt, die Konfrontation Ost gegen West ist zuende, jetzt wird alles gut. Es zeigte sich aber: Die neue Ordnung hätte einen Hüter gebraucht und den gab es nicht. Die UNO hatte keine eigene Hausmacht, der von

ihr zeitweilig bemühte Knüppel USA verselbstständigte sich. Inzwischen sehen sich die Amerikaner längst nicht mehr in der Lage, ihre globale Dominanz aufrechtzuerhalten. Die Art und Weise, wie Trump den internationalen Einfluss der Amerikaner abbaut, bedeutet im Prinzip das Ende der Weltmacht USA. Dadurch entsteht ein neues System von vielleicht fünf Akteuren, die in ihren jeweiligen Einflussphären ihre Interessen und Werteordnungen durchsetzen: die USA, Europa, Russland, China und vermutlich Indien.

Wie konnte es dazu kommen, dass Krieg heute wieder als realistische Option der Politik erscheint?

Wir zitieren ja gerne Bert Brecht: „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“, blenden aber meist den nächsten Satz aus: „Dann kommt der Krieg zu dir.“ Wir haben es mit anderen Konstellationen als im 19. und 20. Jahrhundert zu tun, sollten nicht ernstlich über große, umso mehr jedoch über kleine Kriege nachdenken. Bislang interessieren wir uns kaum für diese vor sich hin schwelenden Konflikte, weil sich die Schauplätze meist weit entfernt von den Wohlstandszentren der nördlichen Hemisphäre befinden. Der Krieg an den afrikanischen Großen Seen ist der verlustreichste Krieg nach Ende des Zweiten Weltkriegs mit geschätzt viereinhalb Millionen Toten. Das sind die wirklich großen Herausforderungen: Kriege, die geführt werden von Banden, nicht mit großen Waffensystemen, sondern mit Kalaschnikows und Pick-Ups. Das Ausmaß, in dem Strukturen der garantierten Friedlichkeit zerfallen und sich unterhalb der Kriegsschwelle solche Akteure breit machen, die eher Kri-

„Die Russen verhalten sich strategisch nicht offensiv.“

minellen als Soldaten ähneln, das ist es, was mir Sorge macht. Und das ist es, was die Europäer in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beschäftigen wird.

Experten wie Sie haben es allerdings zunehmend schwer, in der Politik Gehör zu finden. Der an-

geblich mächtigste Mann der Welt, US-Präsident Trump, ignoriert wissenschaftliche Erkenntnisse sogar.

Wissenschaft berät die Politik ja nicht nur, sondern kritisiert sie gelegentlich auch. Das gefällt den Machthabern in Russland, in der Türkei oder in China ebenso wenig wie der Trump-Administration. Deshalb versuchen sie, Wissenschaft mundtot zu machen. Die EU – abgesehen von den Visegrad-Staaten – erscheint da beinahe als letztes Refugium. Hier dienen nicht nur das Wissen, sondern auch der von der Wissenschaft angestoßene Diskurs dazu, die politische Wahrnehmungskraft und Urteilsfähigkeit zu verbessern. Länder, in denen das nicht mehr gilt, neigen zu sprunghafter Politik: Türkei, Russland, USA.

Global drängen rechte Kräfte das liberal-demokratische System in die Defensive. Besteht Hoffnung, dass das Pendel bald wieder in die andere Richtung ausschlägt? Oder sollten wir uns auf eine längere Phase der Restauration einstellen?

Von Letzterem müssen wir im Augenblick ausgehen. Wir hatten die Vorstellung, dass Globalisierung die Räume immer größer macht. Nun stellt sich heraus: Selbst Europa ist nicht als offener Raum aufrechtzuerhalten. Schengen steht auf wackeligen Füßen, Trump zettelt Handelskriege an. Die Globalisierungseuphorie wurde von rechts wie links attackiert, fiel dann schlagartig zusammen. Jetzt ist die Linke ratlos, während die Rechte von der neuen Situation profitiert, indem sie auf Protektionismus und auf Spaltung der Gesellschaft setzt. Ja, das ist eine kritische Situation. Die Deutschen werden sie nur überleben, wenn sie es schaffen, dem äußeren Rand des sich drehenden Rades fernzubleiben, wo die Zentrifugalkräfte am größten sind, und sich auf die Nabe zu stellen. Wir gehen in eine Welt, die kleinräumiger wird. Das wird sich zu meinen Lebzeiten vermutlich nicht mehr ändern, aber irgendwann wird man wohl begreifen, wie hoch die Kosten dieser Kleinräumigkeit sind. Dann wird sich das wieder ändern. Aber das kann dauern.

Das Interview führte Frank Schmidt-Vyk.